

„Die Volksparteien müssen wieder mehr auf das Volk hören“



Bayerischer Querdenker: Peter Gauweiler (62) in der Schaefflerstube des Münchner Spatenhauses. Der linke Unterarm ist nach einem Sturz mit dem Mountainbike im Urlaub am Gardasee bandagiert

PETER GAUWEILER sagt, warum er nächste Woche als stellvertretender CSU-Vorsitzender kandidiert und warum er eine Pleite Griechenlands für notwendig hält

Von **MICHAEL BACKHAUS** und **ROMAN EICHINGER**
Foto: **WOLFGANG WILDE**

BILD am SONNTAG: Herr Gauweiler, beim CSU-Parteitag in dieser Woche kandidieren Sie als Stellvertreter von Parteichef Horst Seehofer. Steht es so schlimm um die CSU, dass sie jetzt den alten Partei-Rebellen Gauweiler in der ersten Reihe braucht?

PETER GAUWEILER: Was heißt hier alt? Fitness ist mein zweiter Vorname. Aber Spaß beiseite: Man muss ja kein unverwundener Pessimist sein, um zu erkennen, dass die CSU schwierige Zeiten durchlebt. Für mich ist diese Partei aber ein ganz wesentlicher Bestandteil meines Lebens. Ich habe ihr viel zu verdanken. Und deswegen möchte ich, wenn die CSU es bei der Wahl in zwei Jahren nicht packen sollte, nicht einen klugen Zeitungskommentar darüber schreiben, sondern vorher wenigstens versuchen, mich mehr einzubringen, um das zu verhindern.

Sie sehen ernsthaft die Gefahr, dass die CSU 2013 nach über 50 Jahren in die Opposition geschickt werden könnte?

Ich sehe die aktuellen Umfragen, die eine Regierungsbildung ohne CSU nicht ausgeschlossen erscheinen lassen. Deshalb: Vorsicht ist die Mutter der Porzellankiste oder – in diesem Fall – ein Angebot von Peter Gauweiler.

Zum Wesen der Demokratie gehört der Wechsel. Täte es der CSU nicht gut, einmal die Oppositionsrolle anzunehmen, sich jenseits der Regierungsbank zu erneuern?

Das mag im Prinzip so sein. Aber die CSU versteht sich aus guten Gründen als Einheit mit Bayern.

Sie wollen sagen: Der Untergang der CSU ist der Untergang Bayerns?

Lassen Sie es mich so sagen: Das Soziale, das Demokratische, das Christliche oder das Freiheitliche finden Sie auch in anderen Parteien. Aber das unbedingte Einstehen für Bayern ist nur das Markenzeichen der CSU. Neudeutsch: ein Alleinstellungsmerkmal. Deshalb wurden wir gegründet. Wenn Bayern und die CSU getrennt würden, würde das die Partei ins Herz treffen. Das gilt aber auch für Bayern, sein Selbstverständnis und die Selbstbestimmung unseres Freistaats mitten

in Deutschland und Europa. Das geht so mit den anderen Parteien und ihrem auf den Zentralstaat bezogenen Machtanspruch nicht.

Haben Sie als alter Asterix-Fan einen Zaubertrank für absolute Mehrheiten?

Die Vertretung der Interessen unseres Landes. Charles de Gaulle hat einmal gesagt: Staaten haben keine Freunde, Staaten haben Interessen. Diese Interessen müssen wir definieren, nur dann können wir Probleme lösen. Dazu braucht es den unbedingten Willen zur Klarheit. Das gilt nicht nur für die aktuelle Euro-Diskussion, sondern insgesamt für die Frage, wie das Europa der Zukunft aussehen soll. Wollen wir das Riesenreich der EU als unseren Staat? Das kommt für uns nicht infrage.

Sie lehnen eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzregulierung ab, wie sie die EU-Kommission fordert?

Ein europäischer Finanzminister, also ein europäischer Wolfgang Schäuble hätte in Griechenland genau so wenig über die Verschuldung zu entscheiden gehabt, wie der deutsche Wolfgang Schäuble in Nordrhein-Westfalen, Bremen oder eben Bayern dies kann. Es sei denn, wir schaffen die Demokratie auf Länderebene ab. Bestrebungen dazu gibt es. Tatsächlich sollten wir massiv dagegen ankämpfen, dass immer mehr von unseren Grundrechten ausgehebelt werden. Das gilt auch für das Eigentum.

Jetzt übertreiben Sie aber. Wer will denn den Deutschen ihr Eigentum wegnehmen?

Früher war unsere Sorge, dass die Verfügungsgewalt über unser Eigentum durch den Sozialismus eingeschränkt oder beendet wird. Heute geht die Gefahr von ganz anderen Kollektiven aus: Immer mehr Eigentum wird von der Verantwortung des Einzelnen gelöst, durch Verbiegung kollektiviert und anonymisiert, verpfändet, in Kreditgarantien und Wetten für den Untergang von Banken, Konzernen und ganzen Staaten verwandelt und so um die Börsen der Welt gejagt. Dieser neue Kollektivismus ist nicht – wie damals – in Moskau, sondern in Manhattan zu Hause. Aber er bedroht in gleicher Weise die Eigentumsrechte der Bürger, vor allem die Verantwortung für das Eigentum.

Glauben Sie wirklich, dass Sie oder die CSU das Rad der Globalisierung zurückdrehen können?

Es geht nicht darum, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, sondern darum, einen Hexentanz zu beenden und die

Schutzfunktion der staatlichen und internationalen Gemeinschaften wieder herzustellen. Irgendwann werden die Boys von der Park Avenue auch auf den Untergang des Globus wetten. Sie produzieren immer riesigere, völlig unverantwortliche Geldströme. Nur ein Beispiel: Das Bruttoinlandsprodukt, also die Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen, betrug im Jahr 2010 für alle Staaten dieser Welt nach Berechnungen des IWF etwas über 60 Billionen Dollar. Die Summe aller Finanzgeschäfte weltweit betrug in nur einem Monat desselben Jahres weit über 900 Billionen Dollar. Und da glauben die ohnehin überschuldeten EU-Staaten, sie könnten sich noch weiter verschulden, wenn sie sich mit einem Schirmchen von 750 Milliarden Euro schützen.

CSU-Chef Horst Seehofer sagt über den erweiterten Rettungsschirm: Bis hierher und nicht weiter. Glauben Sie ihm das?

Na klar. Natürlich hat Horst Seehofer dabei meine Unterstützung. Zu den Stärken der CSU gehört, dass sie für klare Verhältnisse sorgt. Mein Beitrag wäre ja auch das klare Signal: Achtung, mit uns ist das nicht mehr zu machen. Wir von der CSU haben den unbedingten Willen, da richtig verstanden zu werden.

Mit diesem Kurs kann die CSU wieder Wahlen gewinnen?

Ja, und zwar haushoch. Die CSU ist ja weder rechts noch links, sondern eine Formation ganz eigener Art. Die Basis ist gesund und nach wie vor kraftvoll. Wir kämpfen für ein Europa der Regionen. Wir brauchen ein Gegengewicht zu den freiheitsfeindlichen und grundrechtsfeindlichen Tendenzen der supranationalen Organisationen.

Reicht denn die jetzt beschlossene Erweiterung des Rettungsschirms aus? Höchstens bis morgen früh.

Was ist Ihr Ziel – die Rückkehr zur D-Mark?

Das wird nicht funktionieren. Die Welt wandelt sich und wir in ihr. Mein Ziel ist, die Grundlagen des Maastricht-Vertrages, die Geschäftsgrundlage des Euro, wiederherzustellen: Harte Stabilitätskriterien, strikte Verschuldungsgrenzen, kein Herauskaufen anderer Länder, absolute Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank.

Das halten Sie für machbar? Die einzige Alternative wäre wohl eine Art „Bundesrepublik

Europa“, der Kontinent als Einheitsstaat. Mit gleichen von diesem Staat garantierten Lebensbedingungen für alle, von Skandinavien bis Athen. Und so wie zum Beispiel die Bayern heute für Bremen zahlen, zahlen dann die Deutschen den Länderfinanzausgleich für die anderen. Eine solche „Bundesrepublik Europa“ kann man einführen. Aber das darf in der Demokratie nur durch eine souveräne Volksabstimmung geschehen.

Und wenn nicht, soll man Griechenland pleite- und aus dem Euro rausgehen lassen?

Dass ein Staat pleitegeht, ist ja nicht so neu. Es hat 850 Staatspleiten in der Geschichte gegeben, in der jüngeren Vergangenheit waren es Russland, Argentinien und die Türkei. Alle diese Staaten sind nach schmerzlichen Einschnitten in den Wert ihrer Währung heute wieder wirtschaftlich gesund. Nur: Die Griechen haben den Euro am Hals wie einen Mühlstein. Eine Wohlthat wurde zur Plage. Sie müssen sich jetzt von EU-Kommissaren schurigeln lassen, egal was die eigene Bevölkerung will. Wenn die Griechen ihre Demokratie nicht verkaufen wollen, müssen sie sich vom Euro trennen, zumindest auf Zeit. Die Drachme wieder einführen, abwerten, billiger werden, zurück auf Los!

Sie haben in der Vergangenheit häufig andere Meinungen vertreten als die Parteiführung. Werden Sie Ihre Rolle als Querdenker aufgeben, wenn Sie künftig dieser Führung selbst angehören sollten?

Ich werde jedenfalls nicht das Denken aufgeben. Und ich werde auch in Zukunft sagen, was ich denke und danach handeln.

Die alte Regel aus der Ära von Strauß ist doch zeitlos: Sagen, was man denkt, und tun, was man sagt. Ist die Zeit der Volksparteien mit Wahlergebnissen jenseits der 50 Prozent nicht unwiederbringlich vorbei?

Die Zeiten, in denen sich Parteien leisten konnten, nicht auf Volkes Stimme zu hören, sind endgültig vorbei. Ob bei den milliarden-schweren Euro-Rettungsschirmen oder beim Afghanistan-Einsatz – die überwältigende Mehrheit der Anhänger von CDU, CSU, SPD oder Grünen war und ist dagegen, aber das kümmert die von sich so überzeugten Parteien nicht. Und sie stört es auch nicht, wenn die Wähler wegbleiben – denn die Parlamentssitze werden ja auch bei 49 Prozent Wahlbeteiligung zu 100 Prozent belegt. Heute wissen Klarsichtige in allen Parteien: Das kann so nicht mehr weitergehen.

Ihre Meinung zu Peter Gauweiler, zum Interview oder zur CSU: E-Mail an leserforum@bams.de

Die Akte Gauweiler

POLITIKER: Der Protestant Gauweiler (Jahrgang 1949) war Ziehlsohn von Franz Josef Strauß, wurde sogar als Nachfolger der CSU-Legende gehandelt. Mit umstrittenen Aussagen zur Ausländer- und Aidspolitik erwarb er sich schnell den Ruf eines Hardliners („Schwarzer Peter“). Nach dem Tod von Strauß 1988 begann Gauweilers politischer Stern zu sinken. 1994 musste er das Amt des bayerischen Umweltministers aufgeben. Seit 2002 sitzt er als direkt gewählter Abgeordneter



Gauweiler mit Franz Josef Strauß in den 80er-Jahren

(Wahlkreis München-Süd) im Bundestag
RECHTSANWALT: Der promovierte Jurist Gauweiler klagte erfolgreich vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Vertrag von Lissabon, scheiterte jedoch im September mit seiner Klage gegen den Rettungsschirm
PRIVATMANN: Gauweiler tritt gern in landestypischer Tracht auf. Mit Ehefrau Eva Martina hat er vier Kinder



Gauweiler und Ehefrau Eva Martina